

**Anfrage der Geschäftsstelle an alle Staatlichen Geologischen Dienste (SGD) zu Einvernehmenserklärungen nach §21 Stand AG
Übersicht über Anträge und Genehmigungen für Bohrungen >100 m durch die SGD und Einvernehmen mit BfE**

Stand: 04.02.2019

Anfrage vom 13.12.2018 im Wortlaut:

Das BfE veröffentlicht auf seiner Webseite die Statistik zu den ihm vorliegenden Verfahren zu Einvernehmenserklärungen gemäß § 21 StandAG für Bohrungen >100 m. Aufgeführt wird die Anzahl der Verfahren und deren Bearbeitungsstand. Weiterhin wird nach Bundesländern aufgeschlüsselt.

Was aus der Statistik des BfE nicht hervorgeht: Wie viele Genehmigungen haben die Länder ohne Einvernehmen mit dem BfE erteilt? Hintergrund ist, dass bekanntermaßen die zuständigen Behörden der Länder die Entscheidung darüber treffen, ob das geplante Bohrvorhaben Einfluss auf ein mögliches Endlager haben könnte.

Um das Gesamtaufkommen an (geplanten) Bohrvorhaben >100 m in Ihrem Zuständigkeitsbereich zu erfassen, wäre es schön, wenn Sie uns eine Aufstellung der bisher bei Ihnen gestellten Anträge für entsprechende Bohrungen zukommen lassen könnten. Folgende Information wäre hilfreich: Stichtag für Ihren Datensatz, Anzahl der bei Ihnen gestellten Anträge, Anzahl der von Ihnen direkt erteilten Bewilligungen, Anzahl der von Ihnen erteilten Ablehnungen und Anzahl der eingeholten Einvernehmenserklärungen mit dem BfE.

Eine entsprechende Anfrage geht auch an Ihre Kolleginnen und Kollegen der anderen Bundesländer.

Land	Lieferung der Daten?	Durch SGD bewertete Anträge [n]	SGD: Anträge mit Erfordernis Einvernehmen BfE [n]	BfE Statistik zu bearbeiteten Verfahren [n]	Bemerkungen
Baden-Württemberg	zugesagt	?	?	67	Datenlieferung am 16.01.2019 zugesagt, seit 1.10.2018 landen alle Anfragen für Bohrungen >100 m automatisch beim geologischen Dienst
Bayern	ja	148	66	69	Gesamtanzahl der erteilten Bewilligungen oder Ablehnungen könnte höher sein, da das Bayerische Landesamt für Umwelt (LfU) nur auf Anfrage der Genehmigungsbehörden tätig wird.
Berlin	ja	1	0	0	
Brandenburg	ja	39	3	1	
Bremen	ja	0	0	0	Bisher wurden von den Genehmigungsbehörden keine Stellungnahmen beim Geologischen Dienst für Bremen (GDfB) angefordert.
Hamburg	ja	10	5	7	
Hessen	ja	85	62	60	
Mecklenburg-Vorpommern	ja	73	36	36	Vollständige Angaben über die Anzahl der von den Untere Wasserbehörden erteilten Erlaubnissen bzw. Ablehnungen liegen nicht vor; in der Regel ist davon auszugehen, dass die Anträge bewilligt wurden.
Niedersachsen	ja	176	71	67	Die Anzahl tatsächlich abgeteufter Bohrungen > 100 m kann größer sein, da es grundsätzlich auch möglich ist, Bohrungen > 100 m ausschließlich als Anzeigeverfahren zu behandeln.
Nordrhein-Westfalen	ja	733	219	230	
Rheinland-Pfalz	ja	131	nicht erfolgt	10	Lediglich Anzahl der Anträge und Zeitraum 21.03.2018 - 31.12.2018 wurden übermittelt, SGD gibt keine Empfehlungen ab
Saarland	offen	?	?	0	Erneute Nachfrage per Mail am 16.01.2019
Sachsen	ja	279	213	215	Gesamtzahl an Vorhaben kann höher sein, da lediglich anzeigepflichtige Vorhaben dem Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie Sachsen (LfULG) nicht zur Prüfung vorgelegt werden.
Sachsen-Anhalt	zugesagt	?	?	17	Datenlieferung am 02.02.2019 zugesagt
Schleswig-Holstein	ja	61	36	33	Wie viele Anträge von den Behörden letztlich zugelassen, abgelehnt oder geändert (z.B. Verringerung der Bohrtiefe) bzw. vom Antragsteller zurückgezogen wurden, entzieht sich der Kenntnis.
Thüringen	ja	33	12	6	Keine Kenntnis über weiteren Verlauf der Genehmigungen.
Summen		1.769	723	818	

Abweichungen zwischen SGD und BfE aufgrund noch fehlender Daten von den SGD, verschiedener Stichtage, tw. beim BfE noch nicht bearbeiteter Anträge und ev. umgeplanter (<100 m) oder zurückgezogener Bohrvorhaben